

Grünes Magazin, 03/2022

KREUZTAL WACH AUF!

Gemeinsam für die Zukunft

DAS
MAGAZIN
DER
GRÜNEN IN
KREUZTAL

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



WILLKOMMEN BEI DEN GRÜNEN





Hubertus Brombach

Stadtverbandssprecher
Bündnis 90/ Die Grünen Kreuztal

VORWORT

Pandemie, Klimawandel, Flutkatastrophe, Extremismus, Krieg in Osteuropa

In meinem Vorwort möchte ich auf zwei der angesprochenen Themen eingehen.

Laut einem Bericht in der Siegener Zeitung vom 08.02. dieses Jahres bezieht Deutschland mehr als 50% seines Gases aus Russland. Ein Teil unserer unterirdischen Gasspeicher sind in der Hand der russischen Firma Gazprom. Wie konnte es zu solch einer Abhängigkeit kommen? Abhängig von einem nach immer mehr Macht strebenden Alleinherrscher in Moskau.

Wir können dieses Problem langfristig – nein, nicht lösen, aber immerhin mindern: Schneller Ausbau der erneuerbaren Energien.

In den letzten Jahren wurden im Bereich der erneuerbaren Energien durch überbordende Bürokratie sowohl industrielle Investoren als auch Privatleute mehr ausgebremst als gefördert. Das Ergebnis sehen wir heute!

Vermindern Sie Ihre und unsere Abhängigkeit von unzuverlässigen Lieferanten und hohen Energiekosten. Nutzen Sie Renovierungsvorhaben und Förderprogramme und steigen Sie soweit möglich auf erneuerbare Energien um. Gleichzeitig helfen Sie mit, die wichtigen Klimaziele zu erreichen!

Mein zweites Thema ist der aufkommende Rechtsextremismus.

Wir sind in Deutschland und hier in Kreuztal eigentlich in einer beneidenswerten Situation: Die meisten von uns leben in gesicherten Verhältnissen, die Finanzen unserer Stadt sind vergleichsweise solide.

Was ist los in unserer Gesellschaft?

Da werden Rettungskräfte angespuckt, bedroht, körperlich angegangen. Politiker*innen, Journalist*innen, Bürgermeister*innen bekommen Hassmails bis hin zu Todesdrohungen. Ärzt*innen bekommen Grablichter vor die Tür gestellt. Unser Rathaus wird mittlerweile von Security geschützt (Stand Februar).

Im Bundestag sitzen Abgeordnete, die eindeutig rechtsradikal sind und z.T. vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Querdenker*innen, dritter Weg, Reichsbürger*innen und ähnliche Gruppierungen sind aktiv wie nie zuvor.

Wenn es so weiter geht, dann ist unsere Demokratie und Freiheit in Gefahr! Lassen Sie es nicht zu, dass diese Kräfte in unserer Gesellschaft die Oberhand gewinnen.

Wir alle, die in den genannten Bereichen aktiv sind, brauchen Ihre Unterstützung!

Werden Sie aktiv! Engagieren Sie sich in demokratischen Organisationen.

Alle demokratischen Parteien Kreuztals werden Sie mit offenen Armen empfangen!

Geben Sie den Demokratiefeinden keine Chance!

Wir alle haben es in der Hand! Handeln Sie jetzt – damit Sie nicht irgendwann sagen müssen: „Hätte ich doch bloß ...!“ Demokratie und Klimawandel – Sie können mithelfen!

Die Kreuztaler Grünen wünschen Ihnen Zuversicht und Optimismus!

*Hubertus Brombach (Stadtverbandssprecher)
und das Team der Kreuztaler Grünen*



DEMOKRATIE IST KEINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT

„Wenn die Demokratie nicht die ideale Ordnung von Staat und Gesellschaft ist, so ist bisher jedenfalls noch keine bessere erfunden worden.“

Sie ist die Einzige, die ein System von Spielregeln zur Verfügung stellt, in dem Konflikte friedlich ausgetragen, Kompromisse gefunden und Fehler korrigiert werden können.“

Aus: Pötzsch, Horst: Die Deutsche Demokratie. 5. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2009, S. 9-12.

Demokratie findet in unserer Gesellschaft überall statt, und das ist sehr wichtig!

Sie findet statt in Schulen, Betrieben, Sportvereinen, in der Nachbarschaft und in der Familie.

Doch das Bewusstsein für unsere Demokratie muss immer weiter und immer wieder gebildet werden. Es bedarf einer immer wiederkehrenden Aufklärung über die Vergangenheit, aber eben auch vieler Angebote der Mitbestimmung in einer gelebten Demokratie.

Projekte, die das Verständnis von Demokratie fördern, die mich zum Nachdenken anregen. Projekte, bei denen ich etwas erfahren kann, etwas lernen kann, ohne etwas übergestülpt zu bekommen. Bei denen ich mich einbringen kann, mitreden, mitentscheiden kann, sind sehr wichtig, vor allem für Jugendliche und junge Erwachsene.

Es gibt viele Fragen, vor allem unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Wie kann ich mich einbringen, wie soll ich mich verhalten bei all den Hetz- und Hasskommentaren in Zeiten von Mobbing, in Zeiten, in denen vor allem über soziale Netzwerke kommuniziert wird? Was ist richtig, was ist falsch? Warum trägt meine Mitschülerin ein Kopftuch? Wieso sind mal wieder Bäume gefällt worden? Es gibt so viele Fragen, aber wenige Antworten, aber vor allem gibt es kein Mitreden.

Demokratieförderung

Kinder und Jugendliche sollten Demokratie aktiv mitgestalten können. Um ihre Rechte auf soziale und politische Teilhabe und auf Mitbestimmung zu verwirklichen, braucht es an Alter und Entwicklungsstand angepasste Konzepte der Demokratieförderung und der politischen Bildung.

Ein gutes Ansinnen, wie wir meinen und tatsächlich gibt es eigens dafür ein Förderprogramm des Bundes. Unsere Demokratie muss jeden Tag neu mit Leben gefüllt werden. Sie braucht Menschen, die demokratische Kultur vor Ort leben und sie gestalten. Um diese Menschen zu stärken, gibt es das Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Demokratie fördern, Vielfalt gestalten und Extremismus vorbeugen; 90 Städte in NRW nehmen bislang am Förderprogramm teil. In unserer Region nur die Stadt Siegen.

Ob Mitmachaktionen zum Tag gegen Rassismus, jährlich stattfindende Demokratiekonferenzen, Konzerte gegen Rechts, mobile Bücherkisten zum Thema Demokratie, Schulpodcasts, Fußballturniere für Vielfalt und Integration und vieles mehr wurden beispielsweise in der Stadt Siegen schon umgesetzt.

Im Sozialausschuss haben wir Grünen deshalb einen Antrag gestellt und uns dafür eingesetzt, dass die Stadt Kreuztal auch an dem Programm teilnimmt, aber leider wurde das von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Anscheinend gibt es aus ihrer Sicht schon genügend Mittel und Möglichkeiten, um Demokratieprojekte in unserer Stadt zu fördern und umzusetzen.

Mehr Informationen zum Förderprogramm:

<https://www.demokratie-leben.de/das-programm>

DIE GRÜNEN UND DIE LANDWIRTSCHAFT

Grüne und Landwirtschaft geht gar nicht! Das ist leider immer noch die Meinung vieler Bäuerinnen und Bauern. Sicher, Grüne und Landwirte waren sich nicht immer grün. Doch das soll sich ändern!

Landwirtschaftliche Produkte sollen und müssen ihren Preis haben!

Die Wertschätzung unserer Lebensmittel sinkt mit den Preisen, die nicht von den Landwirten bestimmt werden, sondern von den großen Discountern, die sich gegenseitig zu unterbieten versuchen.

Jährlich landet allein in Deutschland gut ein Drittel der erzeugten Lebensmittel auf dem Müll. Das sind über 18 Mio. Tonnen! Das passiert auch deswegen, weil Deutschland EU-weit die billigsten Lebensmittel in den Regalen der Supermärkte hat. „Was nichts kostet, kann ich mir leicht wieder neu beschaffen.“

Nun ist es für die Landwirte gerade in Mittelgebirgsregionen – wie in Siegen-Wittgenstein – nahezu unmöglich dieses Preisdumping ihrer Erzeugnisse zu überleben. Das Höfesterben greift daher spürbar um sich.

Als letzten Rettungsanker richten viele Höfe noch einen Hofladen ein. Aber auch das kann es nicht sein. Viel wichtiger und richtiger wäre es, wenn gerade

kleine landwirtschaftliche Betriebe eine angemessene staatliche Unterstützung bekommen würden, die ihnen den Natur- und Landschaftsschutz ermöglichen. Das ist wirklich alles eine Frage der Förderung und Unterstützung.

Ich zitiere unseren neuen Landwirtschaftsminister Cem Özdemir:



„Kein Bauer steht morgens auf und sagt, er will Tiere schlecht halten oder Nitrat im Boden und im Grundwasser haben.“

Hier sind also Politik und auch der Handel aufgefordert die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft so zu definieren, dass eine nachhaltige, ökologische und sozial verträgliche Produktion landwirtschaftlicher Produkte möglich wird.

Leider ist auf kommunaler Ebene keine gesetzgeberische Maßnahme möglich, um die hiesige Landwirtschaft zu unterstützen. Ein Zeichen der Solidarität wäre es aber, wenn alle öffentlichen Einrichtungen sich verpflichten würden, soweit wie möglich nur regionale Produkte in ihren Verpflegungseinrichtungen anzubieten.



CORONA MACHT PAUSE: DIE KRISE IST NOCH NICHT VORBEI!

Die Beschränkungen wegen Corona lockern sich nach und nach. Der Frühling steht vor der Tür und die Viren werden sich wohl einstweilen zurückhalten. Wir alle freuen uns auf Sonne, den Kaffee in gemütlicher Runde und Gespräche ohne Maske vor dem Mund.

Die Krise der letzten beiden Jahre hat allen Menschen zugesetzt. Gelitten haben aber vor allem diejenigen, die ihre Existenz verloren haben. Mancher vertraute Laden bleibt für immer geschlossen. Gelitten haben alte Menschen, die einsam im Krankenhaus oder in der Pflege gestorben und ohne ordentliche Beerdigung geblieben sind. Sehr stark gelitten haben vor allem Kinder und Jugendliche, die über zwei Jahre in den Schulen eine Notstandsversorgung und einen isolierten Hausarrest ertragen mussten. Gelitten haben auch deren Eltern, die zwischen Homeoffice und Kinderbetreuung zerrieben wurden.

Es wäre schön zu verkünden, dass das jetzt alles vorbei ist. Wir wissen aber, dies ist eine Illusion. Die allgemeinen Lockerungsübungen dürfen nicht wieder in einen Herbst mit den gleichen Problemen gleiten. Niemand kann garantieren, dass die nächste Mutante des Virus, so wie die Letzte, ein Auge zu drückt. Auch wenn die gesetzlichen Beschränkungen schritt-

weise wegfallen, ist Aufpassen weiter angesagt. Das gilt vor allem für das Tragen der Masken und das Abstandhalten. Aber das allein wird nicht genügen. Wir alle müssen uns impfen lassen, sonst holt uns der Schlamassel wieder ein.

Wer - aus welchen Gründen auch immer - bisher den Gang zur Impfstation gescheut hat, sollte sich jetzt endlich aufraffen. Wer noch zögert, sollte sich ein Beispiel an den vielen alten Menschen nehmen, die mit Rollstuhl und Rollator die Stationen aufsuchen und sich impfen lassen.

Wo sind denn die so oft befürchteten Impfschäden geblieben?

Außerdem stehen jetzt verschiedene Impfstoffe zur Verfügung. Es wäre wirklich verhängnisvoll, die aktuellen Lockerungen mit Sorglosigkeit zu verwechseln.

Unseren Dank verdienen die vielen Menschen, die auch in den schlimmsten Wochen der Pandemie andere Menschen gepflegt, an der Kasse gestanden und uns alle einmal oder mehrfach die Spritze zur Impfung in den Arm gedrückt haben. Hoffentlich bleibt die neu gewonnene Wertschätzung erhalten und weht nicht mit dem ersten Sommerwind dahin.








ZUKÜNFTIGE ENERGIEVERSORGUNG KREUZTALS

Bei den Energiepreisen gibt es derzeit nur einen Weg, den nach oben!

Was auch immer die Ursachen dafür sind (Lieferabhängigkeiten, Ressourcenverknappung, Corona-Pandemie...), wenn wir bezahlbare Energie haben wollen und gleichzeitig das Klima schützen wollen, dann geht kein Weg an den regenerativen Energien vorbei!

Regenerative Energien können und sollten vor Ort genutzt werden. Auch in Kreuztal stehen uns die folgenden Energien zur Verfügung:

-  **Wind**
-  **Sonne**
-  **Holz**
-  **Biomasse**
-  **Erdwärme**

Diese Energien sind sauber, das heißt klimaneutral, sie kosten uns lediglich die Anlagen zur Umwandlung in elektrischen Strom oder Heizwärme. Das gilt im privaten, wie auch im industriellen Rahmen. Sie warten nur darauf genutzt zu werden!

Jeder Hausbesitzer und jede Hausbesitzerin kann heute schon unabhängig von

zugekaufter Energie sein, wie zahlreiche Beispiele es zeigen.

Der Bau und die Wartung größerer Anlagen können durch örtliche Unternehmen geleistet werden. Das bedeutet eine Wertschöpfung vor Ort, die den kommunalen Finanzen zugutekommt.

Die Finanzierung solcher Anlagen kann durch örtliche Energiegesellschaften erfolgen, unter Beteiligung von Kommune, örtlichen Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern. Wer keine eigene Möglichkeit zur Nutzung regenerativer Energien hat, könnte durch eine finanzielle Beteiligung an solch einer Energiegesellschaft wenigstens eine Rendite für seinen Einsatz bekommen.

Das funktioniert, wir müssen es nur wollen! Wir müssen uns von den alten, ausgetretenen Energiepfaden endlich lösen! Auch in Kreuztal! In unserer Stadt werden nur 1,2 % der verfügbaren Windenergie genutzt und nur 3,2% der verfügbaren Sonnenenergie. Da gibt es noch sehr viel anzupacken.

Und noch eine Anmerkung zu der neuerdings als nachhaltig angepriesenen Atomenergie.

Das Hauptproblem der Atomenergie ist, dass es – nach Meinung der

Wissenschaft – keine Möglichkeit einer sicheren Endlagerung atomaren Mülls geben wird.

Gäbe es eine Möglichkeit atomaren Müll unschädlich zu machen, so würde das erhebliche Kosten verursachen, die über den Strompreis finanziert werden müssten und damit von der Allgemeinheit zu tragen wären.

Wir nutzen nun seit gerade mal vier Generationen den sogenannten Atomstrom. Es müssen aber etwa 40.000 Generationen nach uns auf unsere atomaren Hinterlassenschaften aufpassen und mit großem finanziellem Einsatz für eine sichere Lagerung des Atom Mülls sorgen.

Zum Vergleich: Christi Geburt liegt nur 80 Generationen zurück!

Ein Kernkraftwerk muss uns nicht um die Ohren fliegen, das ist relativ unwahrscheinlich, würde aber teuer werden wenn es passieren würde. Die Kosten für die Endlagerung atomaren Mülls fliegen uns aber mit absoluter Sicherheit um die Ohren. Das ist schon jetzt so!

Diese finanzielle Bürde würde auch eine unermessliche Belastung zukünftiger Generationen bedeuten. Von Nachhaltigkeit kann da wohl keine Rede mehr sein.



MANUELA KÖNINGER

ist die grüne Kandidatin zur Landtagswahl 2022. Neben ihrer Tätigkeit als Hochschullehrkraft, ist sie verheiratet und hat zwei Kinder.



DARF ICH MICH VORSTELLEN?

MANUELA KÖNINGER

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 15. Mai finden in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen statt. Sie haben die Möglichkeit, mitzubestimmen, wie unser Land in den nächsten fünf Jahren weiter wachsen soll! Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind vielfältig: die Klimakrise, marode Autobahnbrücken, Pandemien und ihre (teils noch nicht absehbaren) Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft.

Bei dieser Wahl trete ich für unsere Partei im Wahlkreis Siegen-Wittgenstein I (Burbach, Freudenberg, Neunkirchen und Siegen) als Direktwahlkandidatin an. Johannes Rimmel MdL kandidiert in diesem Jahr für den Wahlkreis Siegen-Wittgenstein II (Bad Berleburg, Bad Laasphe, Erndtebrück, Hilchenbach, Kreuztal, Netphen und Wilnsdorf). Gemeinsam setzen wir uns für unsere Region mit viel Herz und Tatendrang ein.

Als Grünen-Politikerin möchte ich NRW ab Mai 2022 mitgestalten, damit die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum gehört und ernst genommen werden. Mein Ziel ist es, Siegen-Wittgenstein zu einer noch attraktiveren Region zu machen, in der man gerne lebt und arbeitet. Dabei stehen soziale Gerechtigkeit, gute Bildungs- und Berufschancen für die Menschen hier in der Region und der Schutz von Klima und der heimischen Landschaft ganz oben auf meiner Agenda. Als starke Verbindung zwischen Siegen-Wittgenstein und Düsseldorf möchte ich mich hierfür gerne einsetzen.

Denn: An vielen Stellen geht es in Deutschland und eben auch in NRW nicht gerecht zu. Das sehen wir zum Beispiel im Bereich Schule und Bildung. In diesem Bereich bestimmt vielfach noch immer die Herkunft und der familiäre Hintergrund den schulischen Bildungsweg eines Kindes und nicht nur das Potenzial. Das ist dem Kind oder dem Jugendlichen gegenüber ungerecht und uns als Gesellschaft gehen damit wertvolle Ressourcen verloren. Bildungserfolg und sozialer Aufstieg dürfen nicht länger vom Elternhaus, der eigenen Herkunft oder gar der Postleitzahl abhängen!

Wir brauchen in NRW mehr Bildungsgerechtigkeit: Bildungspolitik darf nicht länger nur „Inklusion, Durchlässigkeit und Gerechtigkeit“ außen drauf stehen haben und im Inneren doch alte Strukturen festigen und im alten Schema arbeiten. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit brennt nämlich auch in Schulen! Schulpolitik muss dafür sorgen, dass Chancen und Ressourcen gerecht verteilt werden und Schülerinnen und Schülern nicht z.B. aufgrund einer Beeinträchtigung Chancen verweigert werden. Dafür müssen wir Schulen zu qualitativ hochwertigen, inklusiven Lernorten weiterentwickeln und nicht, wie es die schwarz-gelbe Landesregierung getan hat, gute Konzepte bremsen oder zurückdrehen. Auch die Digitalisierung ist mit der bloßen Anschaffung von digitalen Endgeräten noch nicht umfänglich gemeistert; es gilt, Lehrkräfte und Lernende

fit zu machen für digitale Bildung, nachhaltige Strukturen in Schulen aufzubauen und digitales Arbeiten langfristig sinnvoll möglich zu machen.

Eine Bildungspolitik, die von Anfang an gute Bildung für alle bietet, offeriert dann auch gute Chancen für alle in Ausbildung und Studium. Wir haben tolle Jugendliche, großartige junge Menschen in Nordrhein-Westfalen, geben wir ihnen faire und aussichtsreiche Chancen auf eine lebenswerte, selbstbestimmte Zukunft!

Auch in anderen Bereiche haben wir in Sachen Gerechtigkeit viel zu tun: Die halbherzige Reform des Kommunalabgabengesetzes bei Straßenausbaubeiträgen durch die schwarz-gelbe Landesregierung dient den Bürgerinnen und Bürgern nicht wirklich. Viele Menschen in NRW arbeiten in wichtigen (Care-) Berufen, die aber viel zu wenig Anerkennung erfahren – eben auch in der Entlohnung. Hier muss es ebenfalls gerechter werden!

Ich mache nun seit mehr als zehn Jahren Grüne Politik. Seit 2012 bin ich Parteimitglied, seit 2014 Fraktionsvorsitzende in meinem Heimatort Neunkirchen, seit 2016 bin ich Mitglied im Kreisausschuss für Schule, Weiterbildung, Sport und Integration und bin seit letztem Jahr nun auch Kreistagsmitglied. Dass mein politischer Schwerpunkt im Bereich von Schul- und Sozialpolitik, sowie Inklusion liegt, kommt nicht von ungefähr: Ich war Lehrerin an einer inklusiv arbeitenden Realschule in Rheinland-Pfalz, bin nun schon viele Jahre in der universitären Lehrkräftebildung tätig und habe selbst zwei Kinder. Ich kenne also die Herausforderungen, mit denen Schulen, Lehrkräfte und Familien konfrontiert sind aus vielfältiger Perspektive.

Gerne will ich mit meiner Fachexpertise, meiner politischen Erfahrung und einem starken Grünen Team den kommenden Wahlkampf bestreiten und die politischen Herausforderungen unserer Zeit bearbeiten. Das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen zeigt für diese Herausforderungen gute Pläne auf, um das Leben in Nordrhein-Westfalen lebenswert, sicher und gerechter zu gestalten! Es ist Zeit für eine Politik, die für mehr Gerechtigkeit sorgt, die Menschen und ihre Bedürfnisse tatsächlich ernst nimmt. Deshalb:

Von hier an Zukunft. Von hier an Grün.

**Herzlichst,
Manu Köninger**

Für mehr Informationen zu mir und Möglichkeit, mit mir in Kontakt zu treten:

E-Mail: m.koeninger@gruene-neunkirchen-siegerland.de

Homepage: www.manu-koeninger.de

Facebook: www.facebook.com/manukoeninger

Instagram: www.instagram.com/manukoeninger/



ARTENSCHUTZ JEDER KANN MITMACHEN

Wenn es um Artenschutz geht, denken viele von uns an die grausame Jagd auf Nashörner oder an die unersättliche Gier des Menschen nach Elfenbein, was dann den Tod tausender Elefanten zur Folge hat.

Fakt ist, weltweit sterben ca. 70 Arten pro Tag auf unserer Erde aus. Das sind 25.000 Arten im Jahr. Fischarten sterben aus, die für uns Menschen eine wichtige Nahrungs- und Einkommensquelle darstellen. Da wir immer bestrebt sind, allem einem finanziellen Wert beizumessen, hier eine beeindruckende Zahl: So ist z.B. die Leistung der Insekten oder anderen Bestäubern allein in Deutschland mit 3,8 Milliarden Euro zu beziffern.

Doch nicht nur Insekten, sondern auch viele andere Spezies nehmen hierzulande durch viele verschiedene Einflüsse wie dem Verlust von Lebensraum (Stichwort Straßenbau), Ackerfläche oder auch unkontrollierte Bautätigkeit sehr stark im Bestand ab oder sind sogar akut in ihren Populationen bedroht.

Selbst „Allerweltsarten“ wie der Star oder der Kiebitz brechen in ihren Beständen ein. Beim Rebhuhn gibt es einen Bestandsrückgang von 90 Prozent.



Auch unsere heimische Erdkröte, eine Amphibienart, die an jedem Teich anzutreffen war, hat in ihrem Bestand sehr stark abgenommen. Die Zerschneidung des Lebensraumes, oder das Zuschütten geeigneter Laichgewässer, wie es vor einigen Jahren noch üblich war, spielen hier eine entscheidende Rolle. So kommt es auch nicht selten vor, dass die noch existierenden Laichgewässer an stark befahrenen Straßen liegen. Zum Glück sind da die vielen Tierschützer*innen, die jedes Jahr in der Zeit von Ende Februar bis Mitte April ehrenamtlich die Tiere an den zuvor aufgestellten Krötenzäunen einsammeln und in ihren Eimern unbeschadet über die Straße zu ihrem Laichgewässer

bringen. So geschieht es schon seit vielen Jahren an einem Angelweiher in Junkernhees oder am Altenberg in Littfeld. Diesem Einsatz ist es zu verdanken, dass dort die Populationen noch nicht erloschen sind.

Ein weiterer Hotspot der Krötenwanderung ist der Brücher Weg am Loher Weiher in Kredenbach. Jährlich fielen hier hunderte Kröten dem Straßenverkehr zum Opfer, bis vor vier Jahren, auf Initiative der Grünen Kreuztal, die Straße zur Zeit der Krötenwanderung von der Stadt Kreuztal gesperrt wurde. Leider berichten immer noch Tierschützer*innen von der Ignoranz mancher Autofahrer*innen, die trotz der Hinweisschilder auf Krötenwanderung nicht bereit sind, die Geschwindigkeit zu drosseln. Denn nicht nur der direkte Kontakt mit den Autoreifen endet für die Amphibien tödlich, sondern auch der Strömungsdruck (Unterdruck) reicht aus, wie Professor Dietrich Hummel vom Institut für Strömungstechnik der TU Braunschweig herausfand, die Tiere schon bei einer Geschwindigkeit von 50 km/h zu töten. Hier nochmal der eindringliche Appell an alle Autofahrer*innen, die an Feuchtgebieten oder einem Warnschild „Krötenwanderung“ vorbeifahren, unbedingt die Geschwindigkeit auf höchstens 30 km/h zu reduzieren. Messungen haben ergeben, dass eine Erdkröte zur Überquerung einer Landstraße ca. 20 Minuten braucht. Über welche Straße fährt für so eine lange Zeit kein Auto?

So gibt es viele Beispiele sich für den Artenschutz zu engagieren. Sei es das Aufhängen von Vogel- oder Fledermauskästen, die naturnahe Gestaltung von Garten, Terrasse oder Balkon, oder einfach Verzicht auf Düngung oder Pestizide. Das Gleiche gilt auch für Kommunen bei der Gestaltung von Parks, öffentlichen Plätzen oder Friedhöfen. Es gibt zudem das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, biologische Vielfalt im öffentlichen Bewusstsein zu entwickeln und zu stärken. Sollte auch für Kreuztal mehr als ein Gedanke sein.

*Quellen: NABU Deutschland, Kommunen für biologische Vielfalt
Ecological Economics: Lippert et al, 2020*

ÄRGERNIS KOMMUNALABGABENGESETZ: WEG DAMIT, SOFORT – KEINE LIPPENBE- KENNTNISSE FÜR DIE ZEIT NACH DER WAHL!

Der Zustand vieler Straßen in den Kreuztaler Außenbereichen ist beklagenswert. Im Osten unserer Republik würde man ein solches Schlaglochdesaster in liebevoller Erinnerung noch „volkseigene Buckelpiste“ nennen. Hier im Westen passt eher der Vergleich mit einer Teststrecke für Geländewagen. Eigentlich gäbe es gute Gründe, sich energisch für eine Grundsanierung einzusetzen. Warum das nicht geschieht, hat einen einfachen Grund:

Die Bürgerinnen und Bürger befürchten – mit Recht – ihren Ruin, wenn sie an den Sanierungskosten beteiligt werden.

Worum geht es? Straßenbaubeiträge müssen von den Gemeinden nach § 8 Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen erhoben werden. Wer ein Grundstück besitzt, wird so für Herstellung, Erweiterung und Verbesserung von Anlagen im Bereich von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen zur Kasse gebeten. Unter der Erde geht es dann weiter. Auch der Bau von Abwasserkanälen begründet eine Abgabepflicht.

Zur Kasse gebeten werden alle Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken, die von der Straße erschlossen sind. Das sind nicht nur Grundstücke, die unmittelbar an die Straße grenzen. Tributpflichtig sind auch solche, die durch eine private Zuwegung über ein vorgelagertes Grundstück oder über einen Wohnweg von der Straße erschlossen werden. Berappen müssen also auch Anlieger der vielen „Stichstraßen“ mit Erschließung abseits der Straße. Die Höhe des Beitrages richtet sich u.a. nach der Grundstücksgröße, Bebauung und Nutzungsart.

■ Begründung für das Gesetz fadenscheinig

Dem Staat fällt beim Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger immer was zur Begründung ein. So entstehe dem Anlieger durch die Baumaßnahme ein Gebrauchsvorteil, zum Beispiel durch ein besseres Abfließen des Regenwassers oder einer Verbesserung des Gehweges oder der Straße. Das gehört aber zur allgemeinen Daseinsvorsorge. Selbstverständlich brauchen die Kommunen Mittel für Investitionen. Dazu müssen sie aber nicht ihre Bürgerinnen und Bürger ausplündern. Schließlich zahlen die Menschen ihre Steuern, direkt mit der Einkommenssteuer und indirekt beim Einkauf und für Dienstleistungen mit der Mehrwertsteuer. Zudem stehen für Investitionen genügend Mittel von Bund und Ländern zur Verfügung. Die werden aber wegen der umständlichen Landesbürokratie oftmals nicht an die Kommunen weitergegeben. Auch das muss sich ändern.

■ Reförmchen reichen nicht

Seit Jahren wird in Nordrhein-Westfalen über eine Abschaffung der Kostenbeteiligung diskutiert. Die Landesregierung aus Union aus FDP blockierte bislang deren Abschaffung. Die Regelungen wurden zwar ab dem 01.01.2020 entschärft, seitdem sollen nur noch zu 50% auf die Anlieger umgelegt werden. Zudem gibt es „großzügige“ Regelungen für eine Stundung bzw. Ratenzahlung. Die Bestimmungen sind jedoch so bürokratisch, dass viele Gemeinden sie gar nicht umsetzen können. Aktuell hat die CDU/FDP-Landesregierung nun angekündigt, ab Juni (!) die Förderung aus dem KAG-Förderprogramm zur Absenkung der Straßenausbaubeiträge aufzustocken, also erst nach der Landtagswahl! Das riecht sehr nach „Torschlusspanik“ einer möglicherweise scheidenden Regierung!

Mehrdad Mostofizadeh, kommunalpolitischer Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion: „Es wäre konsequenter gewesen, die Straßenausbaubeiträge noch in dieser Wahlperiode abzuschaffen und Anliegern, Kommunen und dem Land diesen bürokratischen Irrsinn zu ersparen. Dafür sorgen CDU und FDP mit ihren angekündigten Änderungen aber nicht – es bleibt bei einem komplizierten Fördersystem.“

Somit bleibt zu befürchten, dass es bei den jetzt geltenden symbolischen Erleichterungen bleibt. Dies hilft gerade den Älteren, weniger wohlhabenden Eigentümern genauso wenig wie jungen Familien, die schon beim Hauskauf mit 6 Prozent die höchsten Grunderwerbssteuern aller Bundesländer bezahlen mussten. NRW bleibt auch unter Ministerpräsident Wüst vorerst auf der Hohen Schule der Abkassierer. Andere Länder haben längst die Konsequenzen gezogen und mit dem Abkassieren Schluss gemacht. Anders unter Schwarz-Gelb in NRW: hier müssen die Gemeinden ihren Bürgerinnen und Bürgern noch immer dicke Rechnungen schreiben, wenn sie ihre ureigenen Aufgaben erfüllen und die kommunale Infrastruktur in Ordnung bringen.

■ Fazit

Es wird Zeit, dass die nächste Landesregierung auch in unserem Land die Abschaffung der Beiträge endlichauch gesetzlich auf den Weg bringt. Es muss ein Ende haben mit dem dreisten Inkasso, das viele Betroffene in die Verzweiflung treibt.

Es wäre unredlich, den Gemeinden den Schwarzen Peter zuzuschieben. Finanzschwache Kommunen würden dann noch mehr unter Druck geraten. Das Land muss vielmehr die Finanzierung der wichtigen Sanierung der Infrastruktur gewährleisten und so für gleichwertige Lebensbedingungen im Land sorgen. Wir Grüne wollen in der nächsten Landesregierung mitarbeiten und setzen uns mit Nachdruck für die Abschaffung der Anliegerbeiträge ein.

SCHON GEWUSST?



Wussten Sie schon,...

... für viele große Elektrogeräte gilt seit März 2021 die Ökodesign-Richtlinie, die Hersteller dazu verpflichtet, dass Ersatzteile sieben Jahre lang verfügbar sind und innerhalb von 15 Werktagen geliefert werden müssen.



Wussten Sie schon,...

... von den gut 500 Städten in Deutschland mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern, zu denen auch Kreuztal zählt, verfügen bereits 45,2% in Deutschland über ein Carsharing-Angebot. Kreuztal bis jetzt noch nicht.



Wussten Sie schon,...

... im europäischen Vergleich landet Deutschland beim prozentualen Anteil der Menschen, die über Wohneigentum verfügen mit 50,4% auf dem vorletzten Platz. Spitzenreiter ist Rumänien mit 96,5% (Quelle: Statista)



Wussten Sie schon,...

... ab 1. Juli 2022 wird ein Kündigungsbutton für im Internet geschlossene Laufzeitverträge vorgeschrieben. Verträge, die ab März dieses Jahres abgeschlossen wurden, können nun einen, statt wie bisher drei, Monate im Voraus gekündigt werden.



Wussten Sie schon,...

... bis 2020 wurden in Deutschland Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 54 GWp installiert (Quelle: Statista). Zum Vergleich: Die Stadt Kreuztal steuert derzeit nur 0,02 GWp bei (Quelle: Energiebericht 2018-2020).



Wussten Sie schon,...

... zahlreiche Studien zeigen einen positiven Zusammenhang zwischen Frauen in Führungspositionen und finanziellem Unternehmenserfolg (Quellen: McKinsey, Catalyst, EVA)



Wussten Sie schon,...

... die Stadt Kreuztal plant die Übernahme von Patenschaften für E-Bike-Verleihstationen am Bahnhof Kreuztal und in der Fritz-Erler-Siedlung. Für den Betrieb der Stationen ist die 2021 neu gegründete Velocity Siegerland GmbH zuständig, die derzeit im gesamten Kreisgebiet ein E-Bike Verleihsystem etabliert.



Wussten Sie schon,...

... seit 2016 müssen sich börsennotierte oder paritätisch mitbestimmte Gesellschaften Zielgrößen für die Zusammensetzung ihres Vorstandes machen. Dabei setzten sich bis Ende 2017 knapp 70% der Unternehmen die Zielgröße von 0% Frauen. Mit Inkrafttreten des zweiten Führungspositionengesetzes im Jahr 2021 müssen Unternehmen nun zusätzlich begründen, warum ihr Ziel 0% Frauen im Vorstand ist (Quelle: BMFSFJ)

ERNEUERBARE STRATEGIEN FÜR KREUZTAL EIN KOMMENTAR

Seit Jahrzehnten spielen erneuerbare Energien bei der Stadtentwicklung in Kreuztal keine Rolle.

Während andere Kommunen in NRW und in der Nachbarschaft ihre Möglichkeiten zum Ausbau und Nutzung der erneuerbaren Energien suchen und finden, scheint es in Kreuztal diesbezüglich nur Stillstand zu geben. Die Energiewende findet bei uns nur im allernotwendigsten Maß bei der energetischen Sanierung von uralten Heizungsanlagen statt und auch nur dann, wenn diese altersbedingt ihren Dienst versagen. Die drei Photovoltaik-Anlagen (PV), die sich die Stadt Kreuztal „gegönnt“ hat, erscheinen da mehr als Feigenblatt.

Eine Stadtplanung und Gebäudebewirtschaftung, die den Zeichen der Zeit folgt, Realitäten anerkennt und vorausschauend handelt, sucht man in Kreuztal vergebens. Das Kreuztal seit Jahren das absolute Schlusslicht in NRW bei der Nutzung von Photovoltaik und Windkraft ist, scheint die Verantwortlichen kaum zu stören.

Seit Jahren fragen wir Grünen nach der Möglichkeit, auf städtischen Gebäuden Photovoltaik-Anlagen zu errichten. Immer wieder wird seitens der Stadt Kreuztal wiederholt, dass die Statik nicht ausreichend sei. Ein Nachweis dazu wurde nie erbracht. Weitergehende Auskünfte wurden schlicht verweigert. Es wurde, auf gut deutsch, gemauert was das Zeug hielt.

Um endlich Perspektiven entwickeln zu können, haben wir im Januar 2022 einen Antrag gestellt, die notwendigen Nachweise der ob ihrer Lage und Ausrichtung in Frage kommenden Dächer in prüffähigen Statiken beizubringen und die Gebäude zu erfassen. Immerhin ist die Verwaltung in dankenswerter Weise unserem Vorschlag gefolgt, allerdings mit der Einschränkung,

dass zur Aufnahme in ein solches Kataster auch eine Wirtschaftlichkeitsprüfung stattzufinden habe. Ein Blick über den Teller rand würde zeigen: In dem von Tetraeder aus Dortmund zusammen mit der Sparkasse Siegen vertriebenen Solarkataster kann jeder Hausbesitzer, Handwerksbetrieb und Immobilienbesitzer nachschauen, ob der standortbezogene Solarertrag sich lohnt oder nicht. (<https://www.solare-stadt.de/siwi/>).

Warum die Stadt dieses Kataster nicht zur Bewertung heranzieht, bleibt ihr Geheimnis.

Im letzten Regionalplanentwurf der Bezirksregierung Arnsberg wurde eine Fläche vorgeschlagen, die nach Erkenntnissen der Bezirksregierung dazu geeignet sein könnte, auf ihr einen Windpark mit 2-3 Windkraftanlagen zu errichten. Unseren wiederholt vorgebrachten Hinweis, den Vorschlag der Bezirksregierung als Chance zu nutzen und sich Gedanken über Windvorrangflächen zu machen, bevor das andere tun, entgegnete man, dass man auf die Landesregierung mit neuen Vorgaben warten möchte. Schon jetzt kann sich ein Investor eine Baugenehmigung erklagen, wenn er denn die Fläche dazu hat. Und Waldbauern und Haubergsgenossen, die durch die andauernde Käferkalamität gezwungen sind mit einer guten und zeitlich überschaubaren Pacht ihre horrenden Verluste im Rahmen zu halten, gibt es nicht wenige. An dieser Stelle ist ein Flächennutzungsplan, der geeignete Vorrangflächen ausweist, Kreuztals einzige Möglichkeit zur sinnvollen Lenkung.

Andere Gemeinden im Kreis Siegen-Wittgenstein haben sich längst auf den Weg gemacht und weisen proaktiv Windvorrangflächen aus.

Der brutale russische Überfall auf die Ukraine hat uns allen vor Augen geführt, was es bedeutet, wenn wir uns überwiegend auf einen Energielieferanten verlassen. Eine Lösung hinaus aus dieser fatalen Abhängigkeit kann eine dezentrale und überwiegend nationale Energiegewinnung sein. **Erneuerbare Energien spielen dabei eine zentrale Rolle!**

Nicht zuletzt aus Gründen des Klimawandels ist der notwendige Umbau unserer Gesellschaft und Industrie existenziell. Innovation, Einfallsreichtum und tatkräftiges, schnelles Handeln ist jetzt gefordert. Chancen nutzen und nicht leichtfertig vergeben ist das Gebot der Stunde!



von
Ulrich Schmidt- Kalteich,
Mitglied im Rat der Stadt Kreuztal
Mitglied im Kreistag des Kreises
Siegen-Wittgenstein



WIR ARBEITEN FÜR EIN GERECHTES UND MODERNES NRW

Von Johannes Rimmel - Mitglied des Landtags

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Kreuztal,

am 15. Mai 2022 wird in NRW ein neuer Landtag gewählt. Als Ihr Direktkandidat möchte ich Ihnen einige auch für Ihre Kommune wichtige Schwerpunkte unserer politischen Ziele vorstellen.

Digitalisierung, Klimaschutz, eine vielfältige Gesellschaft – vieles in Nordrhein-Westfalen ist im Wandel. Unser Land und seine Menschen bringen alles mit, um die großen Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich anzugehen. Dafür braucht es einen neuen politischen Aufbruch für NRW, den wir Grüne zum Erfolg führen wollen. Denn wir wissen, dass Aufschieben und Nichtstun uns alle am Ende mehr kosten. Wir wollen raus aus dem Reparaturmodus und Vorsorge zum Leitprinzip unseres Handelns machen.

Mit einem **Klimaschutz-Sofortprogramm** wollen wir möglichst schnell auf den 1,5°C-Pfad des Pariser Klimaabkommens kommen und unser Land bis 2040 klimaneutral machen. Mit Sonnenenergie von jedem geeigneten Dach und Rückenwind für die Windenergie machen wir NRW zum Vorreiter bei den erneuerbaren Energien.

Wir wollen **das Unterwegssein im Land** einfach, sicher, umweltfreundlich und bezahlbar gestalten. Wir streben eine Mobilitätsgarantie an, die allen Menschen tagsüber von früh bis spät verlässliche Bus- und Bahnverbindungen bereitstellt. Wir wollen das Tarifchaos beenden und schrittweise ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW einführen, beginnend mit einem kostenlosen Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 18. Auch bei Azubi- und Semestertickets wollen wir sicherstellen, dass sie gut bezahlbar werden oder bleiben. Das Jobticket wollen wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen machen.

Straßenneubauprojekte werden wir sehr kritisch prüfen und Gelder für unnötige Projekte zugunsten der Sanierung maroder Straßen und des Ausbaus von Schienen und Radwegen umschichten. Die Sanierung der bestehenden Infrastruktur und vor allem der Brücken hat für uns absolute Priorität. Welche Auswirkungen eine dauerhafte Vernachlässigung von notwendigen Sanierungen hat, müssen wir gerade schmerzhaft bei der A 45/Rahmedebrücke erfahren. Auch deshalb lehnen wir die **sog. Route 57** ab, weil sie unzeitgemäß, unökologisch und unwirtschaftlich ist. Ertüchtigungen im Bestand und Stärkung des ÖPNV sind realistische, ökologisch sinnvolle und zeitnah umsetzbare Alternativen, auf die wir setzen.

Der hohe Sanierungsstau im Bestand der Gemeindestraßen ist bekannt. Der Verzicht auf anstehende Maßnahmen hat gravierende Folgen für eine nachhaltige Sicherung des Verkehrswegebstandes unserer Städte und Gemeinden. Bei der Heranziehung der Anwohner*innen zur Beteiligung an der Straßenerneuerung nach dem Kommunalabgabengesetz (**KAG**) setzen wir uns für eine vollständige Entlastung der Bürgerinnen und Bürger ein.

Für uns Grüne ist der **Radverkehr** ein zentraler Baustein zur Erreichung unserer Klimaschutzziele. Wir wollen Jobrad-Modelle im öffentlichen Dienst konsequent ausbauen und dafür sorgen, dass Fahrräder auch in Bussen und Bahnen bequem und gratis mitgenommen werden können.

Wir investieren in die **Bildung**: in moderne Gebäude und digitale Ausstattung; vor allem aber in gut ausgebildete Menschen, die im Bildungssystem arbeiten und engagiert die Kompetenzen vermitteln, die junge Menschen für ihre Zukunft brauchen. Wir wollen Kitaplätze und die Ganztagsbetreuung für Grundschüler*innen ausbauen. Wir wollen Auszubildende stärken, u.a. indem wir Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten verbessern – und ebenso die Bedingungen für Studium, Forschung und Lehre: So schaffen wir mehr Raum für große Ideen an unseren Hochschulen.

Wir arbeiten für ein **gerechtes Nordrhein-Westfalen**. Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum, daher unterstützen wir die Kommunen, gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik zu machen. Unser Gesundheitssystem ist nicht gut genug, solange diejenigen, die für die Gesundheit aller arbeiten, selbst dabei krank werden. Noch mehr als bisher gehört deshalb der Mensch in den Mittelpunkt, d.h.: Die Versorgung in Stadt und Land muss verbessert, die Arbeitsbedingungen in Gesundheit und Pflege und die Gesundheitsämter müssen gestärkt werden. Wir stehen für faire Arbeitsbedingungen und gute Löhne und dafür, dass öffentliche Aufträge an die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards geknüpft werden. Mit einem Altschuldenfonds wollen wir unsere Kommunen von ihrem hohen Schuldenstand entlasten, um ihnen mehr finanzielle Spielräume zu schaffen - damit sie lebenswerte Orte mit einer guten Infrastruktur bleiben.

Für diese Ziele stehen wir Grüne. Um sie zu erreichen, setze ich auf Ihre Stimme und Ihr Vertrauen.

Ihr Johannes Rimmel

INTERVIEW MIT HORST LÖWENBERG

B.E.: Lieber Horst Löwenberg, immer mehr Menschen werden durch hohe und immer weiter steigende Mieten zunehmend belastet und müssen zu viel Geld fürs Wohnen ausgeben. Laut einer aktuellen Studie der Hans-Böckler-Stiftung zahlen beispielsweise im benachbarten Siegen 27% der Mieter mehr als 40% ihres Einkommens für Wohnen, dabei gilt bereits ein Prozentsatz von über 30% als ein Alarmzeichen. Wie beurteilst du die aktuelle Situation in Kreuztal?

H.L.: In Kreuztal gibt es derzeit ca. 660 Sozialwohnungen. Laut Berechnung der NRW Bank fallen in den nächsten Jahren sehr viele Wohnungen aus der Preisbindung und in 2030 gibt es, wenn nicht gegengesteuert wird, nur noch ca. 175 Sozialwohnungen in Kreuztal. Das ist im Kreisgebiet der prozentual drastischste Rückgang. Die Mietpreise steigen auch in Kreuztal stark an, in den letzten 5 Jahren um 18%. Im Durchschnitt zahlt man nach NRW-Bank Berechnung 6,50 €/m² in der Kindelsbergstadt. Bedenkt man die demografische Entwicklung in Kreuztal, wonach der Anteil der älteren Menschen steigt, dann ergeben sich zwei zunehmende Probleme: Fehlender barrierefreier Wohnraum und Bezahlbarkeit bei niedrigen Renten. In der Grundsicherung wird zum Beispiel ein Mietpreis von maximal 6 €/m² gewährt – und dafür findet man kaum ein Angebot, schon gar nicht barrierefrei.

B.E.: Was sind aus deiner Sicht die wichtigsten Forderungen an die (Kommunal-)Politik, um die Situation zu verbessern?

H.L.: Bei Neubauprojekten eine Quote für den Sozialen Wohnungsbau einfordern. Bauflächenmanagement mit Elementen der Erbbaupacht koppeln. So hat die Kommune dauerhaften Einfluss auf den Zweck. Einrichten eines Runden Tisches der Akteure und einen Zukunftsplan entwickeln, denn Wohnungspolitik ist Sozialpolitik!

B.E.: Wir GRÜNE fordern seit längerem die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft für Kreuztal. Jetzt im bevorstehenden Landtagswahlkampf gibt es das Ansinnen, die sozialgerechte Bodennutzung als Staatsziel in die Landesverfassung aufzunehmen. Denkst du, diese Schritte helfen, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen?

H.L.: Das könnte helfen, sofern die Politik in der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft sozialpolitisch steuert. Steuert in dem Sinne, dass man bezahlbaren Wohnungsbau umsetzt und nicht „Geld“ verdienen will, um den städtischen Haushalt zu sanieren. Leider passiert das zu oft bei Kommunalen Gesellschaften.

B.E.: Nicht nur steigende Mieten und fehlender Wohnraum werden zunehmend zur Belastung, auch die dauerhaft hohen Preissteigerungsraten und pandemiebedingten Mehrausgaben treffen insbesondere die Ärmsten. Daher appellieren Vertreter*innen von 17 bundesweiten Organisationen, darunter der Paritätische Gesamtverband in einem offenen Brief an die Ampel-Koalition, zügig gezielte und substanzielle Hilfen für die Ärmsten zu beschließen. Wie lauten eure Forderungen?

H.L.: Der Paritätische fordert eine Soforthilfe von 100,- € für Hartz IV Bezieher*innen. Man muss wissen, dass im Regelsatz die Stromkosten enthalten sind und bei steigenden Strompreisen heißt das überspitzt formuliert – weniger Essen, damit ich den Strom bezahlen kann. Auch muss es weiterhin ein Moratorium für Stromsperrungen geben. Der Heizkostenzuschuss soll ab 2. Februar gewährt werden und das begrüßen wir sehr. Leider lässt der angekündigte Sofortzuschlag für von Armut bedrohte Kinder, der im November angekündigt war, noch immer auf sich warten.

B.E.: Vielen Dank für das informative Gespräch!

Das Interview führte unser Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Kreuztal, Björn Eckert.



Horst Löwenberg

Kreisgruppengeschäftsführer des Paritätischen Siegen-Wittgenstein/Olpe

Der Verband vertritt rund 60 Organisationen mit über 120 Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege in unserer Region. Zu den Aufgaben des Verbandes gehört die fachliche, organisatorische und betriebswirtschaftliche Beratung seiner Mitgliedsorganisationen. Außerdem sichert er die Qualität ihrer Arbeit und vertritt ihre Interessen gegenüber Politik und Kostenträgern. Der Paritätische ist konfessionell und parteipolitisch unabhängig. Zugleich ergreift er Partei für Menschen, die keine Lobby haben. Gemeinwohl, Humanität und Menschenwürde stehen im Vordergrund seines Handelns.

Bündnis 90/Die Grünen machen sich stark für eine Stadt, in der man gerne lebt und sagen kann: KREUZTAL, MEINE STADT!

Hierzu gehört für uns im Besonderen eine nachhaltige Politik, die auch an die nächsten Generationen denkt.

So setzen wir uns ein für:

Die energetische Sanierung aller städtischen Gebäude, Ausbau der erneuerbaren Energien in Kreuztals, mehr Informationen und Anreize für energetische Maßnahmen auch im privaten Bereich.

Energetische Sanierungen kosten nicht nur Geld, langfristig sparen wir und schützen sowohl unsere Umwelt, als auch unsere Gesundheit!

Durch unser Engagement wird in diesem Jahr ein Radwegekonzept umgesetzt, das Radschnellwegenetz ist nicht zuletzt durch unsere Hartnäckigkeit in der Planung und der von uns gegen alle Widerstände erstrittene Klimamanager wird Realität.

KREUZTAL, MEINE STADT soll auch eine soziale Stadt sein, in der ALLE gut leben können. Hierzu gehören unter anderem die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Präventionsmaßnahmen gegen private Verschuldung, kostenlose warme Mahlzeit für alle Kinder an unseren Ganztagschulen und ein ernst genommene Jugendkultur.

Wir wissen: Das alles kostet auch Geld und kann nicht von heute auf morgen umgesetzt werden, es bedarf eines guten Plans, aber vor allem dem Willen zur Veränderung!

Lust auf mehr?

Wir, die wir schon länger dabei sind, haben immer noch Spaß daran, an der Gestaltung unserer Stadt und der Daseinsfürsorge mitzuwirken. Umso mehr freut es uns, dass gerade in den letzten Monaten einige neue Leute zu uns gekommen sind, um mit uns gemeinsam für mehr Grün in Kreuztal zu sorgen.

Vielleicht haben Sie/hast Du ja auch Lust, bei uns mitzumachen, zu diskutieren, reinzuschnuppern, Ideen, Wünsche und Kritik zu äußern. Hierfür muss man kein Grünes Parteimitglied sein – jeder ist willkommen und herzlich eingeladen!

Wir treffen uns außerhalb der offiziellen Schulferien NRW immer montags um 19 Uhr im Haus der Fraktionen, Roonstraße 19. Weitere Informationen finden Sie, findest Du auch unter www.gruene-kreuztal.de

Sie sind/Du bist herzlich eingeladen an unseren Sitzungen teilzunehmen:

Treffen des Stadtverbandes:

1. Montag im Monat ab 19.00 Uhr

Mail: stadtverband@gruene-kreuztal.de

Treffen der Fraktion:

Die übrigen Montage ab 19.00 Uhr

Mail: fraktion@gruene-kreuztal.de

in der Grünen Geschäftsstelle

im Haus der Fraktionen

Roonstraße 19

57223 Kreuztal

Tel.: 0 27 32 / 10 00

www.gruene-kreuztal.de

In den Ferien finden keine Sitzungen statt.